



Union sieht Zukunft der Ukraine in der EU

Angesichts der aktuellen geopolitischen Verschiebungen und des russischen Angriffskriegs streben die Ukraine, aber auch die Republik Moldau und Georgien, mit noch größerer Entschlossenheit und Dringlichkeit Richtung EU. Es ist im strategischen Interesse der EU, diese Staaten engstens an Europa und unsere gemeinsame Werteordnung zu binden. Denn klar ist auch: Scheitert eine Anbindung an die EU, droht eine ganze Region in den russischen Einflussbereich zu fallen. Dies hätte erhebliche Auswirkungen auf die sicherheitspolitische Stabilität Europas.

Es gilt daher jetzt, den drei Ländern zeitnah den EU-Kandidatenstatus zu verleihen. Das Beitrittsverfahren ist in den Verträgen der EU klar geregelt, und es hat sich bewährt. Eine Verkürzung ist weder im Interesse der Ukraine noch der Europäischen Union. Wir wollen die Ukraine, Georgien und die Republik Moldau aber dabei unterstützen, die Beitrittskriterien zu erfüllen. Denn es ist in unserem Interesse, dass diese Staaten langfristig zu Stabilität, Rechtsstaatlichkeit, gefestigten demokratischen Strukturen und Wohlstand gelangen.

Unionsfraktionschef Friedrich Merz hat sich klar im Bundestag für eine Zukunft der Ukraine in der Europäischen Union ausgesprochen. In den Jahren der Verhandlungen über die Vollmitgliedschaft müsse die Ukraine schrittweise an die EU herangeführt werden, forderte Merz im Bundestag. Seiner Ansicht nach muss sich auch die EU selbst reformieren, damit sie aufnahmefähig wird.

Die Ukraine wie auch die Republik Moldau sollen auf dem bevorstehenden EU-Gipfel den Kandidatenstatus erhalten. Dies sei „ein wichtiges politisches Signal des europäischen Zusammenhalts“, betonte Merz in seiner Antwort auf die Regierungserklärung des Bundeskanzlers zu den drei Gipfeltreffen von EU, G7 und NATO.

Erneut warb Merz auch für eine konsequente Unterstützung der Ukraine in ihrem Abwehrkrieg gegen Russland. Die Nadelstiche Moskaus gegen Litauen bestätigten die Einschätzung der Unionsfraktion, dass Präsident Wladimir „Putin in der Ukraine gestoppt werden muss“. Merz warnte auch vor einem drohenden Völkermord in der Ukraine. Deutschland stehe in der Verantwortung einen solchen abzuwenden.

In dem Zusammenhang begrüßte Merz die Tatsache, dass Bundeskanzler Olaf Scholz nach Monaten des Zögerns endlich Kiew besucht habe. Er habe die Hoffnung, dass die seit Wochen angekündigten Waffenlieferungen an die Ukraine endlich in Gang kämen. Zufrieden zeigte er sich auch, dass die Regierung den Umfang der geplanten und vollzogenen Lieferungen nun veröffentliche.

Ähnlich äußerte sich Jürgen Hardt, der gleichwohl bemängelte, dass Deutschland noch immer kaum schwere Waffen geliefert habe. Man könne Putin aber nur zum Einlenken bewegen, indem man einerseits die Sanktionen aufrechterhalte und andererseits die Ukraine befähige, sich zu wehren.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,



CDU und GRÜNE stellen sich in NRW gemeinsam der Regierungsverantwortung. Wir wollen den Mut aufbringen, neue Pfade zu betreten. Dazu haben Mona Neubauer und Hendrik Wüst gestern den Zukunftsvertrag für NRW vorgestellt.

Die neue Landesregierung steht für mehr Nachhaltigkeit und einen umfassenden Klimaschutz, eine zukunftsfähige Infrastruktur, Investitionen in Bildung und solide Finanzen. Durch diese Politik wollen wir künftigen Generationen ihre Freiheitsräume sichern.

Auch die Energiesouveränität und die Sicherung einer bezahlbaren Energieversorgung steht bei der neuen Koalition ganz oben. Um dies zu erreichen, wollen wir einen stark beschleunigten Ausbau Erneuerbarer Energien. Um dieses Ziel zu erreichen, werden wir die Planungs- und Genehmigungsverfahren standardisieren, digitalisieren und vereinfachen. Den Kohleausstieg wollen wir gemeinsam bis 2030 umsetzen. Die Braunkohle muss unter den jetzigen Umständen aber bis zum Ausstieg einen Beitrag zur Versorgungssicherheit leisten. Alle fünf Dörfer des dritten Umsiedlungsabschnitts des Tagebaus Garzweiler wollen wir dabei erhalten.

Zudem werden wir jährlich 3.000 Polizeikräfte einstellen und einen Schwerpunkt auf die Bekämpfung der Organisierten Kriminalität legen, insbesondere bei der Clan-, Rocker- und Mafia-Kriminalität.

Im Bereich Schule werden 10.000 zusätzliche Lehrerinnen und Lehrer eingestellt. Damit auch tatsächlich mehr Lehrkräfte langfristig zur Verfügung stehen, wird schwarz-grün die Zahl der Studienplätze an den Universitäten ausbauen.

Die Koalitionsverhandlungen waren von großer Konzentration und sachorientiertem Lösungswillen geprägt. So ist ein Stück Vertrauen entstanden, das die neuen Partner brauchen, um die nächsten fünf Jahre gemeinsam erfolgreich für Nordrhein-Westfalen zu arbeiten. Dafür wünsche ich Hendrik Wüst und den Kolleginnen und Kollegen im Landtag NRW eine glückliche Hand.

Herzliche Grüße aus Berlin und bitte bleiben Sie gesund!

Ihr

Dr. Günter Krings, MdB
Vorsitzender der CDU-Landesgruppe NRW

Foto: Tobias Koch



CDU/CSU lehnt Werbung für Abtreibung ab

Die Ampel-Koalition hat im Bundestag am heutigen Freitag gegen die Stimmen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion die Abschaffung des § 219a Strafgesetzbuch (Werbeverbot für Schwangerschaftsabbrüche) beschlossen. Dazu erklären der rechtspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Prof. Dr. Günter Krings, und die zuständige Berichterstatterin Elisabeth Winkelmeier-Becker:

Günter Krings: "Die Abschaffung des Werbeverbotes ist ein Fehler. Das Bundesverfassungsgericht hat den Gesetzgeber verpflichtet, den Schutz des ungeborenen Lebens im öffentlichen Bewusstsein zu erhalten. Denn das ungeborene Kind besitzt Menschenwürde von Anfang an. Werbung steht dieser Aufgabe ganz offensichtlich entgegen. Wer Werbung erlaubt, der nimmt billigend in Kauf, dass Schwangerschaftsabbrüche als normale medizinische Dienstleistung dargestellt und wahrgenommen werden. Aber das sind sie nicht!

Der im Gesetzentwurf enthaltenen Urteils Kassation fehlt eine tragfähige Begründung. Wenn die Ampel es zur Regel macht, dass Rechtsänderungen mit der Aufhebung aller Gerichtsurteile nach dem bislang geltenden Recht einhergehen, ist das zugleich ein Schlag ins Gesicht aller Richterinnen und Richter, die vollkommen korrekt an Verfahren mitgewirkt haben. Dies untergräbt letztlich das Vertrauen in unseren Rechtsstaat. Die Urteils Kassation ist gleichheitsrechtlich hochgradig problematisch. Es ist auch widersprüchlich, wenn die Regierung die irreführende Werbung für Schwangerschaftsabbrüche künftig über das Heilmittelwerbegesetz unter Strafe stellt, gleichzeitig aber sämtliche frühere Urteile aufhebt – also auch die Urteile, die irreführende Werbung betreffen."

Elisabeth Winkelmeier-Becker: „Wir haben mit der aktuellen Regelung des straffreien Schwangerschaftsabbruchs nach Beratung einen guten Kompromiss in Deutschland, zu dem auch das Werbeverbot zählt. Diese Beratungslösung geht klug auf den Grundrechtskonflikt zwischen dem Selbstbestimmungsrecht der Frau und dem Lebensrecht des Kindes ein. Dabei ist völlig klar: Die Frau hat das alleinige Entscheidungsrecht. Und niemand zweifelt dieses Recht an. Durch die Beratung wird aber auch auf das ungeborene Kind hingewiesen und es werden Lösungen aufgezeigt, die ein Leben mit Kind ermöglichen können. Werbung passt nicht zu diesem fein austarierten Schutzkonzept.

Das Hauptargument der Ampel greift zudem ins Leere. Es gibt schlicht kein Informationsdefizit. Schon heute wird durch das Zusammenwirken von Beratung, individueller ärztlicher Aufklärung und den Informationen im Internet jede Frage zum Schwangerschaftsabbruch beantwortet. Trotzdem kann es noch mehr Informationen auf den ArztInnenseiten geben. Und wenn es der Ampel-Koalition nur darum gehen würde, die Informationsmöglichkeit für Ärzte auszuweiten, könnten wir das ohne weiteres mit einer Veränderung des Paragraphen 219a StGB erreichen. Dazu war die Union bereit. In unserem Antrag sprechen wir uns auch für mehr Unterstützung für Frauen mit geringem Einkommen beim Kauf von Verhütungsmitteln aus, damit ungewollte Schwangerschaften verhindert werden. Auch darauf ist die Koalition leider nicht eingegangen."

Fotos: Tobias Koch

Keine Ankündigungen, sondern Sofortentlastungen

Union legt Vorschläge gegen Preispirale vor

Die Inflation ist auf Rekordniveau, so hoch wie seit 50 Jahren nicht mehr – und es ist kein Ende in Sicht. Die anhaltend hohe Inflation wird zur großen Belastungsprobe für Menschen in unserem Land. Gleichzeitig wird der Staat zum Inflationsgewinner.

Und die Ampel regiert darauf uneins, schnelle und wirksame Antworten bleiben aus. So kommen die Entlastungen bei der kalten Progression erst 2023 deutlich zu spät. Die Union fordert, rückwirkend die kalte Progression vollständig zu beseitigen. Auch beim Tankrabatt hat die Ampel Erwartungen geweckt, die sie nicht einhalten kann. Die CDU/CSU will, dass Steuerentlastungen auch ankommen. Daher muss das Kartellamt den Markt effektiv überwachen können. Deshalb sollten Mineralölunternehmen wesentliche Preisbestandteile an die Markttransparenzstelle melden.

Auch immer mehr Teile der Industrie ächzen unter den hohen Energiepreisen. Deshalb muss Bundeskanzler Scholz sein Wahlkampfversprechen umsetzen: Industriestrompreis von 4 Cent pro Kilowattstunde. Aber statt sich an die Umsetzung zu machen, hat das BMWK erst einmal eine Studie in Auftrag gegeben, die erst im kommenden Jahr vorliegen soll. Und auch das im April angekündigte Zuschussprogramm für die energieintensiven Unternehmen lässt auch auf sich warten. Jetzt sind Entscheidungen und Umsetzungen gefragt, keine Vertagungen.

Impressum:

Ausgabe Nr. 11/2022,
24. Juni 2022

Landesgruppe NRW der
CDU/CSU-Fraktion im
Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030/ 227-58956
Fax: 030/ 227-76421

Email:
fabian.bleck@cducsu.de
Redaktion/ V.i.S.d.P.:
Karl-Heinz Aufmuth,
Fabian Bleck